## **Deutscher Bundestag**

**17. Wahlperiode** 01. 12. 2010

## **Antrag**

der Abgeordneten Uwe Beckmeyer, Heinz-Joachim Barchmann, Dr. Hans-Peter Bartels, Sören Bartol, Bernhard Brinkmann (Hildesheim), Edelgard Bulmahn, Martin Burkert, Garrelt Duin, Sebastian Edathy, Petra Ernstberger, Karin Evers-Meyer, Iris Gleicke, Ulrike Gottschalck, Michael Groß, Hans-Joachim Hacker, Bettina Hagedorn, Hubertus Heil (Peine), Gustav Herzog, Gabriele Hiller-Ohm, Johannes Kahrs, Lars Klingbeil, Ute Kumpf, Gabriele Lösekrug-Möller, Kirsten Lühmann, Caren Marks, Thomas Oppermann, Holger Ortel, Florian Pronold, Sönke Rix, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Dr. Carsten Sieling, Sonja Steffen, Kerstin Tack, Franz Thönnes, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

## Zukunftsfähigkeit der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung sichern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) leistet umfassende Aufgaben der Daseinsvorsorge. Die WSV unterstützt und fördert die Weiterentwicklung und die Sicherung des maritimen Standortes Deutschland. Die Aufgaben der WSV liegen im gesamtwirtschaftlichen Interesse der Bundesrepublik Deutschland und sind von hoher strategischer Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Die WSV ist gegliedert in sieben Wasser- und Schifffahrtsdirektionen, 39 Wasser- und Schifffahrtsämter sowie sieben Wasserstraßenneubauämter und hat rund 13 000 Beschäftigte.

Konkret ist die WSV zuständig für

- den Ausbau und die Unterhaltung der See- und Binnenwasserstraßen des Bundes,
- den Betrieb der Schifffahrtsanlagen und
- die Ordnung und Überwachung des Schiffsverkehrs.

Leitbild für die Arbeit der WSV ist das Prinzip "Wir machen Schifffahrt möglich". Dieses Leitbild setzen die rund 13 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen einer Verkehrspolitik um, die dem Nachhaltigkeitsprinzip verpflichtet ist.

Die WSV-Aufgaben gehen weit über den reinen Verkehrsbezug hinaus. Sie betreffen gesamtwirtschaftliche Aspekte ebenso wie die regionale Entwicklung. Gleichzeitig sind die WSV-Aufgaben auf die aktive Erreichung ökologischer Zielsetzungen gerichtet. So ist die WSV zum Beispiel – entsprechend der EG-Wasserrahmenrichtlinie – als Eigentümerin der Bundeswasserstraßen für deren

wasserwirtschaftliche Unterhaltung verantwortlich. Darüber hinaus wird die WSV auch zuständig sein für den guten ökologischen Gewässerzustand, z.B. für die Erhaltung und Wiederherstellung der ökologischen Durchgängigkeit von Stauanlagen.

Mit ihren spezifischen regionalen Kenntnissen und detaillierten Fachkenntnissen betreibt die WSV ein umfassendes Management auf dem deutschen Wasserstraßennetz, das zu den am stärksten befahrenen der Welt gehört. Pro Jahr sind 210 000 Schiffsbewegungen zu verzeichnen. Rund 250 Mio. Tonnen an Gütern werden in den Binnenhäfen umgeschlagen. In den Seehäfen sind es sogar 350 Mio. Tonnen, was einem Viertel des deutschen Außenhandels entspricht.

Vor dem Hintergrund, dass jährlich rund 17 Millionen Menschen am und auf dem Wasser Urlaub machen und über sieben Millionen Bürgerinnen und Bürger in Wassersportvereinen organisiert sind, wird deutlich, dass sich die WSV künftig auch verstärkt den damit verbundenen Aufgaben in infrastruktureller, organisatorischer und kommunikativer Hinsicht stellen muss.

2. Das Aufgabenprofil stellt vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung steigende Anforderungen an die WSV. Die Erwartungen der Wirtschaft sowie der Bürgerinnen und Bürger an die Qualität und Schnelligkeit der von der WSV zu erbringenden öffentlichen Dienstleistungen sind gestiegen.

Die wichtigste Ressource der WSV ist ihr Personal. Die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird wesentlich durch die Beschäftigungsbedingungen beeinflusst. Personalabbau, laufende Überlegungen zu Strukturanpassungen der WSV und die Strukturveränderungen der vergangenen Jahre haben jedoch zu Verunsicherung der Beschäftigten geführt. Es ist notwendig, verlässliche Perspektiven für eine zukunftsfähige WSV zu entwickeln.

Seit 1976 wurde das Personal der WSV in allen Bereichen auf Basis von Organisationsuntersuchungen und Rationalisierungen sowie haushaltsmäßigen Vorgaben kontinuierlich abgebaut. Aufgrund haushaltsrechtlicher Einsparauflagen hat die WSV seit 1993 rund ein Viertel ihres Personalbestandes abgebaut. Das entspricht einem Verlust von rund ca. 5 000 Planstellen und Stellen. Erst vor zwei Jahren konnte erstmals und einmalig eine Umkehr erreicht werden: Die WSV erhielt insgesamt 60 zusätzliche Stellen. Zur Aufgabenerledigung waren jedoch bereits 2007 mittel- bis langfristig mindestens 600 zusätzliche Stellen und Planstellen in allen Tätigkeitsbereichen, z. B. Facharbeiter, Ingenieure und Nautiker, erforderlich.

Um die Weiterentwicklung der WSV als leistungsfähige Durchführungsverwaltung zu sichern und die effiziente Struktur der WSV mit ihren sieben Direktionen im Grundsatz zu erhalten, wurden seit 2004 verschiedene Reformmaßnahmen ergriffen. Ziel war die Gewährleistung einer leistungsfähigen und kompetenten Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, die ihre vielfältigen Aufgaben langfristig im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, der vielfältigen unterschiedlichen Positionen im Bereich der Wasserverkehrswirtschaft, der Sicherheit im öffentlichen Interesse, der ökologischen Herausforderungen wie der Beschäftigten effizient meistern kann. Die Bündelung von WSV-weiten administrativen Querschnittsaufgaben in Dienstleistungszentren der Bundesverwaltung für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie regionale und überregionale Bündelungen fachlicher Querschnittsaufgaben der WSV sind weitestgehend vollzogen. Die bestehende regionale Struktur der WSV hat sich vor dem Hintergrund der umfassenden Zuständigkeit, die für die unmittelbaren Durchführungsaufgaben mit den Außenbezirken und Bauhöfen und für die Aufgaben der Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs mit den Verkehrs- und Revierzentralen gewährleistet ist, für das System Schiff/Wasserweg bewährt.

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat zuletzt im August 2005 eine Vereinbarung zur WSV-Reform abgeschlossen. Deren Ziel war es, eine systematische Geschäftsprozessoptimierung in der WSV, verbunden mit einer Wirtschaftlichkeitsüberprüfung von Vergaben, durchzuführen und die Akzeptanz der Ergebnisse durch die Beschäftigten und ihre Personalvertretungen sicherzustellen. Diese Vereinbarung ist zum Jahresende 2009 ausgelaufen und von der schwarz-gelben Bundesregierung nicht erneuert worden.

Mit den Plänen der Bundesregierung zur Zerschlagung der Struktur der WSV als Ausführungsverwaltung kann die WSV das komplexe Wirksystem Schifffahrt und Wasserstraße künftig nicht mehr aufrechterhalten. Die Reformpläne der schwarz-gelben Bundesregierung honorieren auch nicht die Anstrengungen der vergangenen Jahre, um die WSV leistungsfähiger und kundengerechter zu gestalten.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
- 1. an der bewährten Struktur der WSV festzuhalten, d. h. die Ausführungsverwaltung und die bestehende regionale Struktur auch in Zukunft zu garantieren;
- 2. sicherzustellen, dass die WSV die Ressourcen erhält, die für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben zwingend und notwendig sind. Bereits 2008 verfügte die WSV nur noch über 12 751 Planstellen und Stellen. Demgegenüber wurden 2001 rd. 14 600 Planstellen und Stellen als Dienstposten-Soll ermittelt. Daher müssen dringend eine aktuelle Aufgabenkritik und Personalbedarfsermittlung wie auch Wirtschaftlichkeitsüberprüfung der Vergaben im Vergleich zur Eigenleistung erfolgen. Ziel muss hierbei eine volkswirtschaftlich ausgerichtete Aufgabenpriorisierung und Ressourcenverwendung sein. Besondere Beachtung müssen der demographische Wandel und die Sicherung der Ausbildungsplätze und der Ausbildungsqualität wie auch die Übernahme junger, gut und speziell qualifizierter Menschen finden;
- 3. ein Konzept vorzulegen, dass für die WSV ein professionelles, vorausschauendes und motivierendes Personalmanagement vorsieht sowie eine Führungskultur, die die Beschäftigten in Entscheidungen über Ziele und Maßnahmen einbezieht.

Berlin, den 1. Dezember 2010

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

